

**Rede  
der Sprecherin für Tierschutzpolitik und Düngerecht**

**Thordies Hanisch, MdL**

zu TOP Nr. 13a

Aktuelle Stunde

**Wieviel Höfesterben nehmen SPD und CDU noch in  
Kauf?**

Antrag der Fraktion der FDP – Drs. 18/9625

während der Plenarsitzung vom 07.07.2021  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren,

ich fange jetzt mal ganz unaktuell an. Zwischen 2003 und 2013 hatte Niedersachsen eine schwarz-gelb geführte Landesregierung, und wenn alles so einfach wäre und wir einfach so das Höfesterben stoppen könnten, dann frage ich mich ernsthaft, wie es sein kann, dass in Ihrer Regierungszeit die Zahl der Beschäftigten im landwirtschaftlichen Bereich in Niedersachsen um 21 Prozent gesunken ist?

Das macht es nicht besser, aber so zu tun, als gäbe es eine einfache Lösung und wir könnten das Höfesterben einfach aufhalten und wollen nur nicht, macht es eben auch nicht besser.

In den letzten zehn Jahren haben 15 Prozent der Betriebe aufgegeben. Jeder einzelne Hof, der dazu beigetragen hat, dass niemand auf die Idee kommt, dass unser Fleisch in der Fleischtheke wächst. Jeder Beschäftigte, der erklären konnte, dass man nicht nachts spritzt, damit es keiner sieht, sondern damit man Insekten schützt.

Landwirtschaft im eigenen Land ist wichtig. Wir produzieren in einigen Bereichen mehr als wir brauchen – zum Beispiel Innereien. Hier liegt unser Selbstversorgungsgrad bei 1.700 Prozent.

Bei Gemüse und Obst sieht das schon anders aus – ein Selbstversorgungsgrad von gerade mal einem Drittel bzw. einem Fünftel. Wenn wir also nicht nur Innereien essen wollen, sondern auch nicht auf Paprika, Bananen und Tomaten verzichten wollen, sind wir auf Importe angewiesen.

Und deswegen können wir auch beim Fleisch nicht einfach unsere Grenzen dichtmachen und sagen: Her mit den Tomaten, aber behaltet mal euer Fleisch. So funktioniert Handel nicht. In anderen Ländern kann anders produziert werden – zu anderen Haltungsbedingungen, anderen Umweltstandards und anderen Arbeitsbedingungen.

Und unsere Betriebe müssen die Suppe auslöffeln, sind auf Subventionen angewiesen, haben dann noch mit unseren Ansprüchen zu tun und können sich oft trotzdem nicht über Wasser halten – denn das Höfesterben ist keine Illusion von Lobbyisten – das Höfesterben ist real!

Die Verbraucher wünschen sich höhere Tierwohlstandards, und die Landwirte brauchen verlässliche Produktionsbedingungen und einen fairen Verdienst. Und es passiert immer öfter, dass Gesellschaft uns überholt. Beim Tierwohl gibt es noch keine verpflichtende Kennzeichnung.

Einige Discounter und Supermärkte haben nun angekündigt, dass sie ihr Sortiment nach und nach auf Fleisch umstellen, das höheren Anforderungen an Tierwohl entspricht. Das heißt, dass der Verkauf von Fleisch schwieriger wird. Es wird einen Überschuss an „gesetzeskonformen Fleisch“ geben, und das drückt die Preise. Und es fehlt an verlässlichen Vorgaben zur Tierhaltung der Zukunft.

Und wenn es einen Landwirt gibt, der einen Stall bauen will, dann heißt es noch lange nicht, dass er das auch darf. Es braucht Nachweise und Genehmigungen, die dann oft genug beklagt werden. Und am Ende geht es keinen Schritt voran.

Niedersachsen hat sich in einem Entschließungsantrag im Bundesrat dafür eingesetzt, dass es hier Erleichterung gibt. Der Neu- oder Umbau eines bestehenden Stalles, um mehr Tierwohl zu gewährleisten, muss erleichtert werden. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, und dafür setzen wir uns ein.

Gerade mit dem niedersächsischen Weg sind wir einen zukunftsfähigen Schritt gegangen – die Beteiligten haben sich an einen Tisch gesetzt und zusammen tragfähige Lösungen erarbeitet.

Mit unseren Initiativen zur Direktvermarktung, zum dezentralen Schlachten und zu Agroforstwirtschaft und Kombihaltung haben wir Lösungsansätze geliefert. Mit diesen Ansätzen gehen wir Schritte zur wirtschaftlichen Stabilisierung unserer Produzenten, für mehr Tierwohl und mehr Umweltschutz. Und darum muss es hier gehen.

Wir müssen Lösungen finden, die zukunftsfähig sind. Wir können es uns nicht leisten, so zu tun als wäre das Verbraucherinteresse eine Illusion oder als wären europäische Vorgaben nicht vernünftig, wir können doch nicht so tun, als gäbe es eine einfache Lösung.

Gerade bei den Entscheidungen der Lebensmittelketten ist deutlich geworden, dass uns Gesellschaft überholt, und das darf nicht passieren, weil dann die andere Seite – in diesem Fall nämlich die Produzenten – nicht ausreichend mitgedacht wird.

Das ist unsere Aufgabe – alle Seiten möglichst weit mitzunehmen.

Der Markt verändert sich auch ohne uns, und wenn wir nicht mitgestalten und die Augen vor den Veränderungen verschließen, dann schaden wir vor allem unseren Landwirten.

Vielen Dank.